

Liebe Grafratherinnen und Grafrather,

**unsere Diskussion in Grafrath zur
GROKO in Berlin...**

Segen oder Fluch?

Vor der basisdemokratischen Abstimmung unserer Partei über den Eintritt der SPD in eine große Koalition hat der SPD

Ortsverein Obere Amper einen auch von externen Gästen gut besuchten Diskussionsabend zu diesem Thema veranstaltet.

Zur kompetenten Einstimmung in dieses Thema haben die beiden Referenten, die Bezirkstagskandidatin Eva Aviles und der Landtagskandidat Christian Winkelmeier ihre Haltung dazu dargelegt. Sie kamen in ihren Zusammenfassungen insgesamt zu einer Ablehnung.

Weiterlesen Seite 6



Von Links: Josef Heldeisen, Christian Winkelmeier, Eva Aviles und Gerhard Gauck

Notizen aus Grafrath

Wohnungsnot in München und Umgebung!

Alle beklagen, dass für normal verdienende Menschen (vor allem Familien mit Kindern) bezahlbare Wohnungen in München und Umgebung nicht mehr zu finden sind.

Alles ruft natürlich nach der Politik, die zu wenig macht, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das ist richtig und auch völlig in Ordnung; denn in der Vergangenheit sind tatsächlich zu wenig bezahlbare Wohnungen entstanden. Fatalerweise wurden durch den Verkauf der GBW-Wohnungen in absolut unverantwortlicher Weise 32.000 Familienwohnungen in Bayern von Markus Söder (damals Finanzminister) für eine schwarze Null im Haushalt an renditeorientierte Kapitalgesellschaften verschleudert. Die Zeche zahlen heute rund 32.000 Familien.

Auch so mancher Bürger von Grafrath könnte hier einen kleinen Beitrag leisten, die Wohnungsnot etwas zu lindern. Wer mit offenen Augen durch unsere Gemeinde geht, kann einige Häuser und Einliegerwohnungen entdecken, die teilweise seit Jahren leer stehen. Auch früher vermietete Woh-

nungen werden nicht mehr auf dem Wohnungsmarkt angeboten. Warum!?

Wir möchten an dieser Stelle an unsere Gemeindeglieder einen Appell richten, auch ihren Beitrag zu leisten, die Wohnungsnot in Grafrath etwas zu lindern! Diesen Bürgern möchten wir die Artikel 106 und 158 unserer guten Bayerischen Verfassung in Erinnerung bringen:

„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“

„Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz.“

Wir sind deshalb der Meinung, dass das Leer – stehen – lassen von Wohnraum unserer Bayerischen Verfassung widerspricht!

Die Allgemeinheit wird Ihnen für diesbezügliche Hilfe danken!

Sozialer Wohnungsbau in Grafrath

Der soziale Wohnungsbau hat bei uns ein lachendes und leider auch ein weinendes Auge. Das lachende Auge ist das neue Baugebiet „Inninger Feld“ in Mauern, denn in diesem Bereich kommen viele junge Familien zum Zug. Es

werden dort drei Mehrfamilienhäuser und fünf Doppelhäuser entstehen. Der soziale Aspekt besteht darin, dass nur Familien mit normalen Einkommen berechtigt sind Grundstücke zu erwerben. Der Gemeinderat legte deshalb eine Einkommenshöchstgrenze fest, welche unter 100.000 € brutto liegt. Somit konnten junge Grafrather Familien und einige Familien aus dem Umkreis, welche auf dem normalen Immobilienmarkt keine Chance haben ein Grundstück zu erwerben, berücksichtigt werden. Leider wird es immer Härtefälle geben, jedoch durch den gut durchdachten Kriterienkatalog konnte dies weitestgehend minimiert werden.

Für den sozialgebundenen Wohnungsbau hatte der Gemeinderat das Gebiet



des ehemaligen Märchenwalds ausgewählt. Dieses Projekt konnte bis zum letzten Jahr forciert werden, doch dann kam das wachsende Steueraufkommen als zusätzlicher Verhandlungsmalus für die Gemeinde Grafrath dazu. Wenn es um das liebe Geld geht, verschwindet der soziale Gedanke auch bei den Kirchen weit in den Hintergrund, so auch bei der evangelischen Landeskirche in Bayern. Die finanziellen Engpässe konnten durch das höhere Steueraufkommen kompensiert werden und direkt proportional ging die Verhandlungsbereitschaft der Kirche der Gemeinde Grafrath gegenüber zurück.

Mittlerweile sind wir soweit, dass das Projekt sicher für mehrere Jahre gestorben ist. Es wäre sehr schön, wenn auch bei der Kirche die soziale Verantwortung über dem Gewinnstreben stehen würde.

Dem notwendigen sozialgebundenen Wohnungsbau wurde damit in Grafrath ein gewaltiger Rückschlag erteilt. Ein Baugebiet mit ähnlichen Voraussetzungen ist im Augenblick leider nicht greifbar. Wir werden uns weiter dafür stark machen, bei dem nächsten relevanten Baugebiet, eine angemessene Anzahl an bezahlbaren Mietwohnungen zu generieren.

Sepp Heldeisen
Sozialreferent

Grafrath hat künftig eine neue Einrichtung – die Tagespflege



Eine Umfrage des Seniorenbeirates im Jahr 2013 ergab, dass die Mehrzahl der älteren Bürger in Grafrath, auch im Alter, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben will. Damit dies für viele gewährleistet werden kann, benötigen wir am Ort entsprechende Einrichtungen. Ein wichtiger erster Schritt ist die Errichtung einer Tagespflege. Die Tagespflege bietet pflegebedürftigen Personen und deren Angehörigen die Möglichkeit, diese schwierige Aufgabe besser zu bewältigen. Somit können die pflegebedürftigen Personen die Einrichtung an den vorher vereinbarten Tagen besuchen. Nach dem Pflegegesetz können die Leistungen der Tagespflege neben ambulanter Pflegesachleistung bzw. dem Pflegegeld in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die SPD-Fraktion hat im Sommer 2016 im Gemeinderat den Antrag auf Einrichtung einer Tagespflege gestellt. Der Gemeinderat stimmte mit Mehrheit dem Antrag zu, und im März 2017 wurde eine Bedarfsumfrage gestartet. Bei einigen Antworten war der Bedarf bereits jetzt aktuell, und bei mindestens 20 Personen wird das Thema in den nächsten Jahren spruchreif sein.

Da die Gemeinde selbst nicht in der Lage ist, eine entsprechende Einrichtung zu erstellen und zu betreiben, haben wir uns an eine am Ort bestehende Einrichtung gewandt. Die Einrichtung einer Tagespflege in Marthashofen wäre gut denkbar, da das Know How und das entsprechend ausgebildete Personal vorhanden ist. Wir sind mit unserem Vorschlag beim Altenwerk Marthashofen auf offene Ohren gestoßen.

Das Altenwerk Marthashofen wird ab April 2018 bis zu 4 sogenannte „eingestreute Tagespflegeplätze“ im Alten- und Pflegeheim anbieten. Diese Plätze sind im Erdgeschoss der Einrichtung untergebracht und haben einen eigenen Bereich.

Diese 4 Tagespflegeplätze sollen nur der Anfang sein. Deshalb sollte bei anstehenden baulichen Veränderungen im Bereich von Marthashofen ein angemessener Teil für eine Abteilung zur Tagespflege eingeplant werden.

Es ist ein großer Vorteil, wenn eine Tagespflegeeinrichtung am Ort ist und von unseren Bürgerinnen und Bürgern zu gegebener Zeit gerne genutzt wird.

Ingrid Wild
Seniorenreferentin

Supermarkt ist nun endlich genehmigt

Vier Jahre nach dem Bürgersentscheid ist es endlich gelungen den Bebauungsplan zu beschließen und den Bauantrag zu genehmigen. Die mittlerweile dritte Lösung für den Supermarkt kann nun realisiert werden. Der zukünftige Supermarktbetreiber Feneberg aus Kempten im Allgäu setzt sich stark für regional erzeugte Lebensmittel ein, insbesondere durch seine eigene Metzgerei und Bäckerei.

Des Weiteren entstehen ihm Rahmen dieses Projektes 17 barrierefreie Wohnungen in einer Größe von 48 – 98 m² Wohnfläche, welche in Grafrath dringend benötigt werden. Die Nachfrage nach kleinen und mittleren Wohnungen ist groß. Ein Frisörladen und drei Praxen runden das Angebot im Zentrum von Grafrath zukünftig ab.

Bei einigen Bürgern bleibt der Bau umstritten, aber nicht nur in eine Richtung. Diese will ich ihnen an einem Beispiel, der Lärmschutzwand an der Ostseite

des Grundstückes, festmachen. Fakt ist, dass laut Lärmschutzgutachten keine Lärmschutzwand notwendig ist. Bei der Behandlung der Einwendungen nach der ersten Auslegung beschloss der Gemeinderat eine Lärmschutzwand von 1,80 – 2,00 m Höhe an der Ostseite des Grundstückes um die direkten Nachbarn zu entlasten. Bei den meisten Einwendungen nach der zweiten Auslegung war die Wand ein Bestandteil der Einwendungen. Die Bandbreite der Einwände erstreckte sich von keiner Wand bis hin von mindestens 2,00 m Höhe. An diesem Beispiel erkennt man, dass der Gemeinderat mehrheitlich sinnvolle, den unmittelbar betroffenen Bürgern schützende, Entscheidungen getroffen hat.

Die Einwendungen gegen die Ästhetik des Gebäudes und des Vorplatzes sind teilweise nachvollziehbar. Andererseits kann man bei der Ästhetik beim Bau eines Supermarktes mit Wohnungen und Praxen, welche in unmittelbarer Nähe der Schule und anderer öffentlicher Gebäude stehen, Kompromisse akzeptieren. Letztendlich ist die zentrale Einkaufsmöglichkeit - und das Schaffen von dringend benötigtem Wohnraum das Entscheidende für die Grafrather Bürger.

Sepp Heldeisen
Gemeinderat



von Seite 1:

In der darauf folgenden meist sehr sachlichen Diskussion konnte das Thema umfassend analysiert werden.

Als Argumente gegen einen Eintritt der SPD wurden im Wesentlichen angeführt:

- Es fehlten typische SPD Grundsätze
- Es seien keine Visionen erkennbar
- Das Programm sei nicht zukunftsorientiert.
- Die SPD würde untergebuttert und vom Wähler wieder eine Quittung bekommen.

Die Mehrheit führte dagegen wesentliche Argumente für einen Eintritt der SPD in die große Koalition an:

- Visionen seien wichtig als Grundlage für Zukunftsziele, aber keine geeignete Basis für eine realistische und sachorientierte praktische Politik. Unsere jetzigen und früheren Mandatsträger wiesen einvernehmlich und eindringlich darauf hin, dass realisierte kleine Schritte mehr bewirkten als wunder-schöne und anstrebenswerte, aber nicht realisierbare Vorstellungen.
- Die Ursache für die Wahlschlappe sei nicht eine schlechte Politik der SPD Mitglieder in der letzten GROKO gewesen, sondern die schlechte Darstellung

einer sehr wohl sozialen und erfolgreichen Politik der SPD Ministerinnen und Ministern.

- Das SPD Verhandlungsteam habe im Verhältnis zum schlechten Wahlergebnis mit nur 20 % ein durchaus gutes Ergebnis erzielt, unabhängig von ihrer katastrophal schlechten Darstellung nach außen.



- Eine Koalition lebe von Kompromissen. Dieses Ergebnis schaffe die Basis für eine erfolgreiche Regierungsarbeit, in der keine Partei ihr Programm vollständig durchsetzen könne. Das Programm realisiere große Teile der SPD Vorstellungen.

- Die SPD habe - im Gegensatz zu dem beschämenden Auftreten des Jamaika Verhandlungsteams, das überhaupt nichts auf die Reihe gebracht hat -- Verantwortungsbewusstsein für unser Land und unsere Bürger gezeigt.

- Es spräche für unsere SPD, dass wir die Verantwortung für unser Land über Parteitaktik gestellt hätten. Wir halten es für besser, statt toller Reden in der Opposition erfolgreiche Politik für unsere Bürger zu gestalten.

- Es sei keine zwingende Gesetzmäßigkeit, dass die SPD nach einer GROKO vom Wähler abgestraft würde. Das Gegenteil hat die SPD unter Willy Brandt bewiesen.

Insbesondere unter Berücksichtigung dieser Argumente sprach sich eine überwältigende Mehrheit für den Eintritt der SPD in eine große Koalition aus.

Eine, wie nicht nur ich meine, weise, verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte Entscheidung!

Diese Entscheidung ist gut für unser Land.

Klaus Nerlich

Unsere Handschrift im Koalitionsvertrag

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- **Das unbefristete Arbeitsverhältnis wird wieder zur Regel:**

Wir schränken sachgrundlose Befristungen drastisch ein und schaffen endlose Kettenbefristungen ab.

- **Raus aus der Teilzeitfalle – mit dem Rechtsanspruch auf Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit.** Damit ermöglichen wir vor allem Frauen, nach einer Familienphase ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können.

- **Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Krankenversicherung.** Sie zahlen in Zukunft weniger in die Krankenkasse ein als heute. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem. Für Beschäftigte und Arbeitgeber gilt dann wieder der gleiche Beitragssatz. Wir bleiben dran an weiteren Verbesserungen.

Huertus Heil
Arbeit- und Soziales



- **Kein Soli mehr für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen.** Das ist gerecht, denn dadurch werden 90 Prozent aller Steuerzahler entlastet – aber nicht die Topverdiener.
- **Arbeitsplätze für Frauen und Männer, die bislang keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten.** Endlich kommt der soziale Arbeitsmarkt für viele Menschen, die schon sehr lange Arbeit suchen.
- **Wir sorgen dafür, dass Beschäftigte mit einem kleinen Einkommen weniger Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen.** Dabei stellen wir sicher, dass die niedrigeren Rentenbeiträge nicht zu geringeren Renten im Alter führen.
- **Qualifizierung sichern, bevor Arbeitslosigkeit entsteht.** Jobs verändern sich gerade im digitalen Zeitalter. Wir wollen, dass alle Menschen sich weiterbilden können. Dafür schaffen wir ein Recht auf Weiterbildungsbera-

tung, stärken das Initiativrecht der Betriebsräte und schaffen bessere Angebote für Arbeitslose.

- **Weniger Pendelei, weniger Stress, mehr Zeit für die Familie.** Wir schaffen einen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten.
- **Neustart in der Pflege.** Durch mehr Pflegekräfte werden Pflegebedürftige besser versorgt und Angehörige entlastet. Außerdem werden Pflegerinnen und Pfleger in Zukunft besser bezahlt.
- **Bessere Ausbildung.** Die Mindestvergütung für Auszubildende kommt – endlich gibt es einen Mindestlohn auch für Azubis.
- **Wir stärken den Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.** Überwachung am Arbeitsplatz geht nicht.

Für Kinder und Familien:

- **Wir nehmen 3,5 Milliarden Euro in die Hand** und investieren in bessere Kita-Qualität und den Abbau von Kita-Gebühren.
- **Mehr Geld in der Haushaltskasse.** Das Kindergeld steigt um 300 Euro pro Jahr pro Kind. Wir erhöhen den Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende und beugen damit Kinderarmut vor.

Junge Familien unterstützen wir beim Erwerb von Wohneigentum.

Wenn ihr Haushaltseinkommen 75.000 Euro plus 15.000 Euro pro Kind nicht übersteigt, erhalten sie für 10 Jahre 1.200 Euro pro Kind und Jahr.

- **Die Kinderrechte kommen endlich ins Grundgesetz.** Kinder und Jugendliche werden besser vor Gewalt und Gefahren – auch denen im Internet – geschützt.
- **Wir bezuschussen haushaltsnahen Dienstleistungen** und entlasten damit vor allem erwerbstätige Eltern, Alleinerziehende, ältere Menschen und pflegende Angehörige



Franziska Giffey
Familienministerium

Für die Bildung:

- **Wir investieren zwei Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung.** Mit Ganztagschulen verbessern wir die individuelle Förderung von Kindern und sorgen für mehr Chancengleichheit. Deshalb schaffen wir zusätzlich den

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter.

- **Digitale Kompetenzen sollen in der Bildung selbstverständlich werden.** Wir schließen mit den Ländern einen Digitalpakt für Schulen und investieren fünf Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen.
- **Wir erhöhen das BAföG.** Bessere Förderung für mehr junge Menschen und höhere Leistungen. Mit dem verbesserten Meister-BAföG erleichtern wir den beruflichen Aufstieg.
- **Wir machen die Aus- und Weiterbildung in Sozial- und Pflegeberufen attraktiver.** Keine Gebühren mehr für junge Menschen, die diese Berufe erlernen wollen.

Für Rentnerinnen und Rentner

- **Für ein besseres Leben im Alter.** Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat. Dafür führen wir eine neue Grundrente ein, die 10% über der Grundsicherung liegt. Diese Verbesserungen gelten nicht nur für zukünftige, sondern auch für die heutigen Rentnerinnen und Rentner.
- **Das selbstgenutzte Wohneigentum bleibt im Alter unangetastet,** wenn jemand Grundsicherung oder Grundrente beantragt hat.



- **Selbstständige werden in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert.** Damit sie für die Zukunft im Alter abgesichert sind.



*Olaf Scholz
Finanzministerium*

- **Eine gute Rente.** Wir heben das gesetzlich garantierte Rentenniveau an und halten die Beträge stabil. Zudem verbessern wir die Erwerbsminderungsrente.

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

- **Abbau der Zweiklassenmedizin:** Wir verbessern die Leistungen für gesetzlich Versicherte durch eine schnellere Terminvergabe und mehr Pflichtstunden bei Vertragsärztinnen und -ärzten. Die Zuschüsse für Zahnersatz werden erhöht. Hier kämpfen wir weiterhin für Verbesserungen.

- **Gute Pflege wird vor allem von Menschen gemacht.** Darum schaffen wir in einem ersten Schritt 8.000 neue Stellen für Fachkräfte sofort – ohne

Mehrkosten für pflegebedürftige Menschen.

- **Bessere ärztliche Versorgung:** Ärztinnen und Ärzte in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt.

- **Wir werden dafür sorgen, dass alle eine gute flächendeckende und pflegerische Versorgung in Anspruch nehmen können.** Unabhängig vom Einkommen, auf dem Land und in der Stadt.

- **Wir schaffen das Schulgeld für die Gesundheitsfachberufe ab.**

- **Auf das Einkommen von Kindern pflegebedürftiger Eltern** wird erst ab einem Haushaltseinkommen von 100.000 €/Jahr zurückgegriffen.

- **Wir werden dafür sorgen, dass alle eine gute flächendeckende und pflegerische Versorgung in Anspruch nehmen können.** Unabhängig vom Einkommen, auf dem Land und in der Stadt

Für lebenswerte Städte und Gemeinden

- **2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau.** Wir sorgen für günstigen Wohnraum und begrenzen den Mietwucher. Die Möglich-

keit, überhöhte Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen, wird weiter eingeschränkt.

- **Für gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land** – bei der Gesundheitsversorgung, beim Nahverkehr und beim schnellen Internet. Wir wollen mehr Geld für die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Regionen bereitstellen.

- **Sanierung ohne Verdrängung:** Hohe Mietsteigerungen durch Modernisierungen wird es nicht mehr geben.

Für ein starkes, demokratisches und soziales Europa



*Heiko Maas
Außenministerium*

- **Gemeinsam mit unseren französischen Partnern** werden wir Europa nach vorne bringen. Ein erster wichtiger Schritt wird ein neuer Elysee-Vertrag sein.

- **Wir sorgen für mehr Investitionen in Jobs und Ausbildung** und machen Schluss mit der einseitigen Sparpolitik.

- **Wir verstärken den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa.**

- **Wir wollen ein Europa der Menschen, nicht der Märkte.** Wir stärken die Beschäftigten durch einen Sozialpakt – mit europäischen Mindestlöhnen und dem Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

- **Wir sorgen dafür, dass Unternehmen in Europa gerecht besteuert werden** – nach dem Grundsatz: Dort, wo die Unternehmen Gewinne machen, zahlen sie auch ihre Steuern. Das gilt für alle, auch für Amazon, Google und Facebook.

Für unser Leben in einer gesunden Umwelt

- **Wir bringen den Klimaschutz voran.** Die SPD hat durchgesetzt, dass Klimaziele zukünftig keine bloßen Lippenbekenntnisse mehr sind, sondern Gesetz.

- **Wir schützen die Gesundheit:** Wir beenden die Anwendung von Glyphosat und verbieten grüne Gentechnik.

- **Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, werden wir den Ausbau Erneuerbarer Energien noch schneller vorantreiben.** Das heißt: Der Anteil erneuerbarer Energien soll bis 2030 auf 65 Prozent steigen.

- **Gemeinsam mit Gewerkschaften,** betroffenen Regionen und anderen gestalten wir den sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle. Um den Strukturwandel finanziell abzusichern, soll ein Fonds aus Bundesmitteln eingerichtet werden.



*Svenja Schulz
Umweltministerium*

Für den persönlichen Schutz

- **Nur Reiche können sich privat Sicherheit erkaufen.** Alle anderen müssen sich auf den Staat verlassen können. Darum schaffen wir 17.000 Stellen bei den Sicherheitsbehörden und der Justiz in Bund und Ländern.
- **Wir bekämpfen verstärkt Einbrüche.** Der Einbruchschutz von Wohnungen und Häusern wird gefördert.
- **Wir werden mit wirksamen Sanktionen härter gegen Wirtschaftskriminalität vorgehen.** Damit es nicht mehr heißt: Die Kleinen packt man und die Großen lässt man laufen.

- **Wir fördern Vielfalt, Gewaltfreiheit und ein demokratisches Miteinander.** Dafür stärken wir die Zivilgesellschaft und bauen die Programme gegen jede Form von Extremismus, Radikalisierung, Gewalt und Menschenfeindlichkeit aus.

- **Damit Kundinnen und Kunden sich gegen große Konzerne besser zur Wehr setzen können,** werden sie sich künftig zusammenschließen und gemeinsam klagen können. Wir wollen: Wer Recht hat, soll Recht bekommen!



*Katarina Barley
Justizministerium*

ViSDV: Sepp Heldeisen
Am Pechhölzl 10, 82284 Grafrath
Tel. 08144/8331
Satz & Design: Markus Weimann
Bilder: Markus Weimann, SPD-Pressfoto
www.spd-grafrath.de
Gedruckt auf Recyclingpapier

